



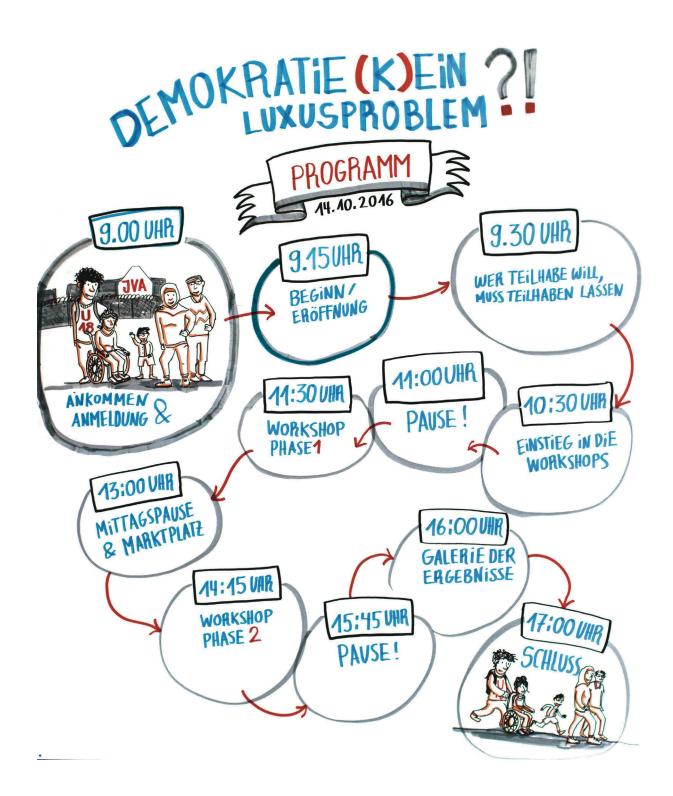


201

Jagung

DEMOKRATIE -(K) Ein Luxus Problem ?!"





VORTRAG_

Wer Teilhabe will, muss teilhaben lassen. Paradoxien und Lösungswege einer inklusiven Gesellschaft

Prof. Dr. Holger Lindemann, Medical School Berlin

Eröffnet wurde die Tagung durch einen Vortrag von Dr. Holger Lindemann, der bis zum 30.09.2016 in Vertretung die Professur für Schulentwicklung, Lernbegleitung und sonderpädagogische Professionalität im Kontext von Inklusion der Universität Leipzig inne hatte. Vor dieser Tätigkeit war er als Privatdozent an der Universität Oldenburg beschäftigt und arbeitete dort vor allem zu den Möglichkeiten Inklusion in Schulen zu etablieren.

In seinem Vortrag sprach er zunächst über den Begriff der Inklusion und über die Dynamik von Veränderungsprozessen, bevor er Ergebnisse seiner Forschung über die Zustimmung zu Inklusion in der Bevölkerung vorstellte. Zum Abschluss gewährte er noch Einblicke in die Arbeit der AG "Inklusion an Oldenburger Schulen", die er maßgeblich mitgestaltet.



Muss man erklären, was Inklusion ist?

Zu Beginn des Vortrages widmete sich Holger Lindemann zunächst dem Inklusionsbegriff. Als Hintergrund dieser Begriffsklärung stellte Lindemann kurz die Ergebnisse einer Umfrage, die er unter 649 Bürger_innen der Stadt Oldenburg durchgeführt hatte, vor (vgl. Ehmen, Lindemann 2016). Im Rahmen dieser gaben lediglich etwa 67% der Befragten an, schon einmal von Inklusion gehört zu haben. Von diesen wiederum teilten bei Nachfrage nur etwa ein Viertel (26,4%) das in der Wissenschaft übliche Verständnis: Inklusion bezeichnet die Teilhabe aller Menschen an allen Bereichen der Gesellschaft.

Dieses umfassende Verständnis von Inklusion illustrierte Lindemann durch das Aufzeigen verschiedener Diversitätslinien (Wer sind alle Menschen?) und gesellschaftlicher Teilhabebereiche (Was sind alle Bereiche der Gesellschaft?) (vgl. Abb. 1). Diversitätslinien seien in diesem Zusammenhang beispielsweise Behinderung, Herkunft, sozialer Status, Geschlecht, Alter, Ausbildung, Lebensstil etc., gesellschaftliche Teilhabebereiche dagegen Schule, Arbeit, Freizeit, Wohnen, politische Mitbestimmung etc. Damit lasse sich Inklusion also keineswegs auf die Teilhabe von behinderten Kindern in Regelschulen reduzieren, sondern umfasse darüber hinaus

eine endlose Reihe von Themen wie z.B. Mindestlohn, Frauenquote, Umgang mit Flüchtlingen, Führerschein mit 17, ÖPNV, kostenloses Internet.

Schließlich identifizierte Lindemann Inklusion als ein Menschenrecht, indem er sie in der Reihe ver- Abb. I: zum Inklusionsbegriff

		Schule	Bildung	Arbeit	Freizeit	Wohnen	Mitbestimmung
Diversitätslinien	Behinderung	X	X	х	X	Х	X
	Herkunft	Х	X	Х	X	X	X
	sozialer Status	X	X	X	X	X	X
	Geschlecht	X	X	Х	X	Х	X
	Alter	X	X	X	X	X	X
	Ausbildung	X	X	X	Х	Х	X
	Lebensstil	X	X	X	Х	Х	Х
	Lern- & Arbeitsstil	X	X	X	X	X	X
	Leistungsniveau	X	X	X	Х	Х	Х
	Interessen	Х	Х	X	Х	X	X
gesellschaftliche Aktivitäten und Teilhabebereiche							



schiedener UN-Menschenrechtskonventionen als Spezifizierungen der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948) einbettete. Zu diesen gehören die UN-Konventionen gegen Rassismus (1969), gegen die Diskriminierung von Frauen (1981), über die Rechte von Kindern (1990), über den Schutz kultureller Ausdrucksformen (2007) und über die Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen (2008). In der Konsequenz stellte Lindemann fest, dass die Umsetzung von Inklusion an sich nicht zur Debatte stehen darf: "Es geht nicht mehr um das Ob. Es geht um das Wie."

Wie funktionieren Veränderungsprozesse?

Im Hinblick darauf, dass mit dem Wunsch (und der Aufgabe), Inklusion in Institutionen und verschiedensten Bereichen der Gesellschaft (s.o.) zu etablieren, der Wunsch nach der Initiierung von Veränderungsprozessen einhergeht, richtete Lindemann im Folgenden seinen Fokus eben auf die Beschreibung solcher Veränderungsprozesse.

Hierbei unterschied er zwischen der Dynamik individueller (vgl. Abb. 2, nach Lindemann

20II) und kollektiver (vgl. Abb. 3, ebd.) Veränderungen. Beiden Vorgängen sind die entscheidenden Grundzüge gemein: Sowohl der Ausgangs- als auch der angestrebte Zielzustand wirken als Attraktoren und besitzen eine entsprechende Anziehungskraft auf ein Individuum oder eine Gruppe. Damit sich nun eine langfristige Veränderung einstellt, bedarf es demzufolge einiger Anstrengung, die investiert werden muss, um das Individuum bzw. System aus seiner etablierten und stabilen Ausgangslage herauszubewegen, also zu destabilisieren. Nur wenn die aufgewendete Energie groß genug ist, kommt es zu einer so großen Instabilität, dass eine Restabilisierung im Zielzustand möglich ist. Anderenfalls wird sich ein Rollback-Effekt, also ein "Zurückfallen" in die Ausgangslage einstellen.

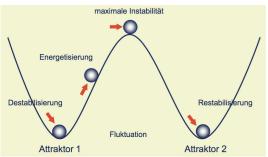


Abb. 2: Dynamik individueller Veränderungsprozesse

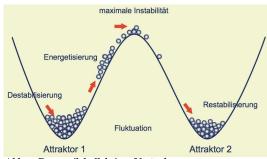


Abb. 3: Dynamik kollektiver Veränderungsprozesse

Der entscheidende Unterschied zwischen individuellen und kollektiven Veränderungsprozessen ist hierbei, dass bei kollektiven Prozessen die einzelnen Beteiligten selbst einander beeinflussen. Das heißt einerseits, dass das Ingangsetzen eines solchen Prozesses zunächst deutlich mehr Energie fordert, da Beteiligte einander "zurückhalten". Gleichzeitig kann, wenn bereits

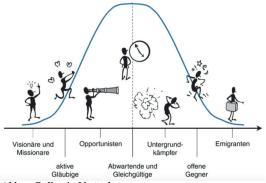


Abb. 4: Rollen in Veränderungsprozessen

genug Individuen Teil der Veränderung geworden sind, der soziale Einfluss auf die verbleibenden Beteiligten zusätzlich anziehend wirken und den Veränderungsprozess für diese so beschleunigen.

Im Rahmen eines solchen kollektiven Prozesses lassen sich häufig verschiedene Rollen identifizieren, die von einzelnen eingenommen werden (vgl. Abb. 4, nach Krebsbach-Gnath 1992). Während es hier an den gegenüberliegenden Polen in der Regel wenige Visionäre



und aktive Gläubige bzw. offene Gegner und Emigranten gibt, die sich deutlich für bzw. gegen eine Veränderung positionieren, wird der Großteil der Gruppe in der Regel von Abwartenden, Gleichgültigen, Unentschiedenen, also von Menschen mit nur unklaren Tendenzen in eine der Richtungen bestimmt. Soll ein kollektiver Veränderungsprozess gelingen, ist es unumgänglich, eben diese "breite Masse" zu überzeugen, einzubinden und zu einer Veränderung zu bewegen. Anderenfalls bleiben die Veränderungen auf Einzelfälle und Randgruppen beschränkt.

Woher kommt Zustimmung zur Inklusion?

Um im Rahmen seiner Arbeit zur Inklusion in Oldenburger Schulen die Verteilung eben dieser Rollen identifizieren zu können, führte Lindemann eine Befragung aller Oldenburger Lehrer_innen durch, an der sich insgesamt 924 Lehrkräfte (47,1% der Befragten) beteiligten. Die Frage, die dabei gestellt wurde, war: Finden Sie, dass Inklusion prinzipiell der richtige Weg für die Umgestaltung des Schulsystems ist? Schlüsselt man die Ergebnisse der Befragung nach den Schulformen auf, an denen die Lehrer_innen beschäftigt sind (vgl. Abb. 5), zeigt sich vor allem eines: Die prinzipielle Zustimmung zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Inklusion (s.o.) ist vor allem dort am höchsten, wo die Lehrer_innen bereits Erfahrungen mit der Unterrichtung sehr heterogener Gruppen sammeln konnten. So finden sich mit Abstand die meisten Befürworter_innen von Inklusion an Förderschulen, gefolgt von integrierten Gesamtschulen und Grundschulen. Dem entgegen stimmen weniger als ein Drittel der Gymnasial-, Berufsbildungs- und Oberschullehrer_innen einer Etablierung der Inklusion im Schulsystem zu.

Der Schluss, der sich aus diesem Bild in Kombination mit der oben beschriebenen Dynamik von Veränderungsprozessen ziehen lässt, ist also: Wenn wir wollen, dass Inklusion an Schulen umgesetzt wird, müssen Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern einerseits umfassendere Erfahrungen mit inklusiven Maßnahmen machen, persönlichen Kontakt zu Schüler_innen auf-

bauen, und darüber hinaus besser über die Hintergründe informiert werden. Auch hier gilt also: Inklusion ist nicht nur das Ziel, sondern auch der Weg.

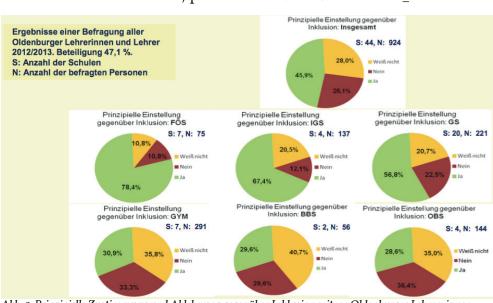


Abb. 5: Prinzipielle Zustimmung und Ablehnung gegenüber Inklusion seitens Oldenburger Lehrer_innen



Die Arbeitsgemeinschaft "Inklusion an Oldenburger Schulen"

Aufbauend auf den zuvor entwickelten Erkenntnissen war Lindemann in Oldenburg maßgeblich an der Entwicklung einer Arbeitsgemeinschaft "Inklusion an Oldenburger Schulen" beteiligt, die er in der Folge vorstellte. In dieser AG arbeiten über 80 Vertreter_innen aus den Bereichen Schule (Schulformsprecher_innen, Schulleitungen, Stadteltern- und Schülerrat), Verwaltung (verschiedene an Schulentwicklung beteiligte Ämter), Politik (Mitglieder des Schulausschusses), Landesschulbehörde, Interessen- und Selbsthilfegruppen, freie Träger, Gewerkschaft GEW und Wissenschaft (Uni Oldenburg) zusammen.

Zu den Aufgaben der AG gehört es Akteure zusammen zu bringen und zu vernetzen, über gemeinsame Ziele und Maßnahmen zu beraten und die Resonanz und Konsensfähigkeit des kommunalen Vorgehens zu überprüfen. Aus diesen Überlegungen heraus sollen schließlich Empfehlungen und Impulse zur Weiterentwicklung der Inklusion an Schulen, aber auch in Verwaltung,

Politik und Organisationen gegeben werden. Hierzu hat Lindemann in Zusammenarbeit mit der AG auch ein Praxishandbuch zur Inklusion an Oldenburger Schulen herausgebracht, in dem sich neben umfassenden Empfehlung zur inklusiven Gestaltung des Schullebens auch Einzelheiten zur Arbeitsweise der AG nachlesen lassen.

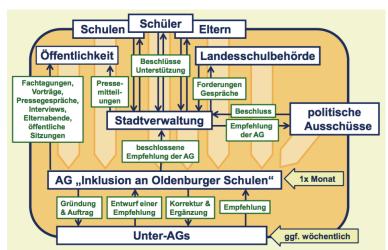


Abb. 6: Struktur und Einbindung der AG

Thesen zur Partizipation

Zusammenfassend formulierte Lindemann sieben Thesen, in die die verschiedenen Inhalte des Vortrages einflossen und die Grundlage für die weitere Arbeit in den Workshops bilden sollten:

- Der Weg ist das Ziel: Wer Teilhabe erreichen möchte, muss von vornherein Teilhabe ermöglichen.
- 2. Stell dir vor, es gibt Teilhabe und keiner macht mit: Wer Teilhabe erreichen möchte, muss aktiv um Beteiligung werben.
- 3. Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche: Vor allem Gegner und Kritiker müssen zur aktiven Teilhabe eingeladen werden.
- 4. Das Leben ist kein Wunschkonzert: Es muss zwischen Teilhabepflicht und Teilhaberecht unterschieden werden.
- 5. Das Gras auf der anderen Seite des Zaunes ist immer grüner: Man muss mit den Ressourcen und Personen arbeiten, die zur Verfügung stehen. Und trotzdem mehr fordern.
- Ich diskutiere mit jedem ... wenn er meiner Meinung ist: Teilhabe bedeutet Akzeptanz und Management von Dissens.
- 7. Man muss das Unmögliche fordern, um das Mögliche zu erreichen: Gelebte Teilhabe braucht Grenzen und exklusive Bereiche.

Literatur:

Ehmen, T. & Lindemann, H. (2016): Einstellungen zur Inklusion – Ergebnisse einer Bürgerbefragung. In: Lindemann, H. (Hg.): Teilhabe ist der Weg, das Ziel heißt: Inklusion. S.172–184, Beltz Juventa, Weinheim, Basel.

Krebsbach-Gnath, C. (1992): Wandel und Widerstand. In: Krebsbach-Gnath, C. (Hg.): Den Wandel in Unternehmen steuern. Faktoren für ein erfolgreiches Change Management. S. 37–55, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a. M.

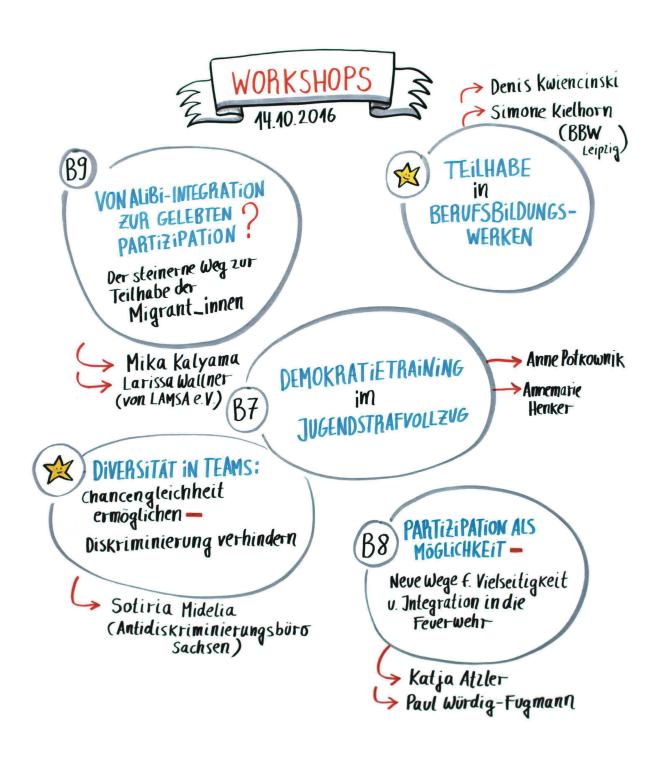
Lindemann, H. (2011): Systeme in Bewegung bringen: Veränderung durch gemeinsame Selbstveränderung. In: Arnold, R. (Hg.): Veränderung durch Selbstveränderung: Impulse für das Changemanagement. S. 111–158, Schneider Verlag, Hohengehren.

Lindemann, H. (2015) (Hg.): Praxishandbuch zur Inklusion an Oldenburger Schulen. Online unter: http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/50/Inklusion/Praxishandbuch_Inklusion_Final_web.pdf (Stand: 31.10.2016).

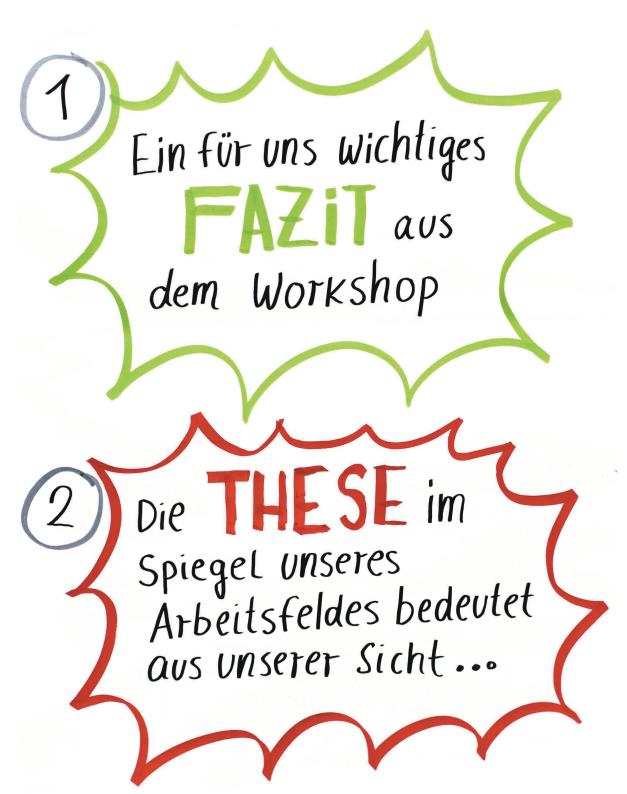




Graphic recording des Vortrags von Julia Both (123comics)







Arbeitsauftrag für alle Workshops

WORKSHOP_

Von Alibi-Integration zur gelebten Partizipation? Der steinerne Weg zur Teilhabe der Migrantinnen und Migranten

Mika Kaiyama & Larissa Wallner, LAMSA e.V.

In diesem Workshop stellten Mika Kaiyama und Larissa Wallner vom Landesnetzwerk für Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA e.V.) das Projekt "Politische Partizipation ohne Wahlzettel" vor, das LAMSA in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung organisiert und durchgeführt hat.

Zum Projekt "Politische Partizipation ohne Wahlzettel"

Im Rahmen des Projekts gaben zahlreiche in Sachsen-Anhalt lebende Migrant_innen am 11. März 2016 (im Vorfeld der Landtagswahlen) in insgesamt 16 Wahllokalen sowie per Briefwahl in einer Probewahl symbolisch ihre Stimme für eine Partei ab. Ziel des Projekts war nicht in erster Linie eine



möglichst hohe Beteiligung, sondern das Gewinnen von Erkenntnissen darüber, wie die Partizipation von Migrant_innen verbessert werden kann und wie unser Wille zur Partizipation in der gesamten Gesellschaft wahrgenommen wird.

Weitere Informationen:

http://www.lamsa.de/migration/de/7189,,/Themen-und-Projekte/Wahlen-ohne-Wahlzettel.html







11:30 Vorstellungsrunde

11:45 LAMSA e.V. - Dauhverband des Migrantenorganisationeu in S.-A.

12:05 Palitishe Partitionation

13:00 Paux

14:00 kritishe Reflexion

> Kleingruppenarbeit -> Zusammenfassung

15:30 Pause

-> Wer bin ich und warom bin ich heute hier?

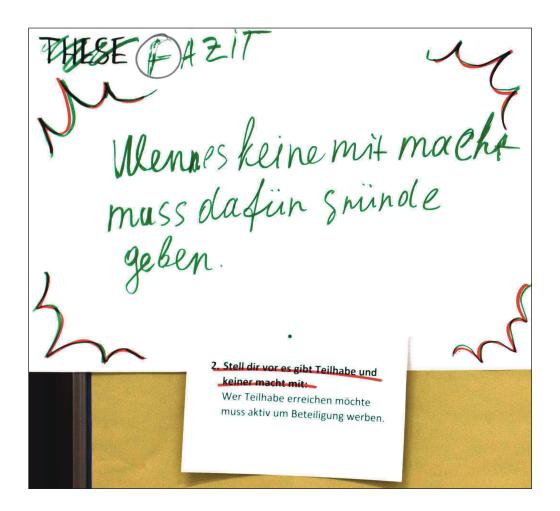
→ wer ist LAMSA?
wof ist then wir?

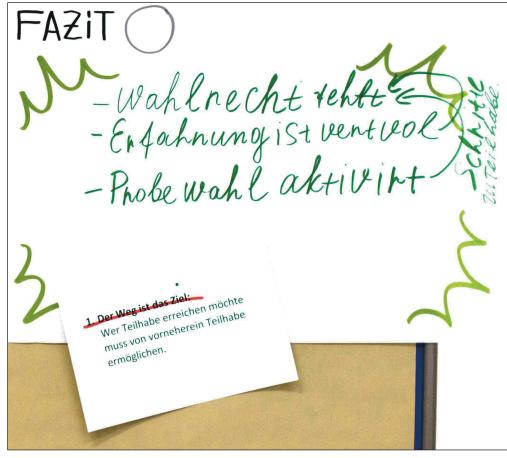
-> Politische Bildung mit Hindernissen

Selbstreflexion Anregung des Teilhehmenden Dickussion

Entwicklung konkerter Geneustrategie









WORKSHOP_

Demokratietraining im Jugendstrafvollzug

Anne Potkownik, JSA Regis-Breitingen; Annemarie Henker, Betzavta-Netzwerk Leipzig

Anne Potkownik führt als Sozialarbeiterin an der JSA Regis-Breitingen seit mehreren Jahren zu Schuljahresbeginn Trainings mit inhaftierten Jugendlichen durch. Dabei greift sie bevorzugt auf das Demokratie-Trainingsprogramm Betzavta zurück. Im Workshop stellte sie die JSA sowie ihre Arbeit mit den Jugendlichen vor. Gemeinsam mit der Betzavta-Trainerin Annemarie Henker konnten die Teilnehmer_innen des Workshops eine beispielhafte Übung des Programms miterleben. Im Anschluss daran diskutierten sie auf Grundlage der Erfahrungen von Anne Potkownik Chancen und Grenzen von Teilhabe im Kontext Strafvollzug.

Was ist Betzavta?

Das in der israelischen Friedenspädagogik entwickelte Trainingsprogramm mit dem Titel "Betzavta" (deutsch: "miteinander") spricht mit seiner besonderen Methodik den ganzen Menschen an. Der abstrakte Begriff Demokratie wird so auf die persönliche Ebene transformiert und in Alltagssituationen integriert.

Betzavta arbeitet mit der **Konflikt-Dilemma-Methode**, bei der die Teilnehmenden in Situationen mit Entscheidungscharakter agieren. Die anschließenden Reflexionsrunden ermöglichen, das eigene Handeln und die eigene Grundhaltung durch die "demokratische Brille" zu betrachten.

Ziel ist es, Menschen für Konflikte und deren Ursachen zu sensibilisieren und sich gemeinsam auf den Weg demokratischer Entscheidungsprozesse und gewaltfreier Konfliktlösungen zu begeben. Dabei steht die Anerkennung des gleichen Rechtes auf Freiheit für alle Menschen im Mittelpunkt.

Das Trainingskonzept Betzavta stellt das Thema Demokratie in den alltäglichen Lebenszusammenhang (Demokratie als Lebensform), ohne jedoch ihre Bedeutung als Gesellschafts- und Herrschaftsform auszuklammern.

Weitere Informationen:

http://www.forum-b.eu/angebote/betzavta



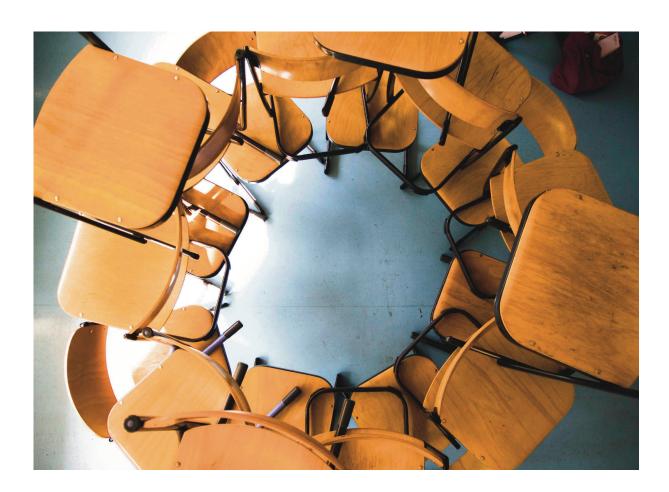


Beispielübung: Stuhl-Kreis-Turm

Die Gruppe der Teilnehmenden wird in zwei etwa gleich große Gruppen geteilt. Jede Gruppe zieht per Los einen Arbeitsauftrag. Ein Konflikt wird dadurch ausgelöst, dass in begrenzter Zeit eine Gruppe aus allen zur Verfügung stehenden Stühlen einen Kreis, die andere einen Turm bauen soll.

In der anschließenden Reflexionsphase werden die abgelaufenen Prozesse unter die Lupe genommen und unter demokratischen Gesichtspunkten analysiert. Es wird versucht, die unterschiedlichen Bedürfnisse der Einzelnen zu erkennen und die unausgesprochenen Annahmen zu ergründen. Dabei sollen Dilemmata in Einzelnen bzw. zwischen ihnen zutage treten.

In der weiteren Reflexion versuchen die Teilnehmenden, ihre Erlebnisse mit eigenen Erfahrungen im Alltag in Verbindung zu bringen.





Vier Schritte demokratischer Entscheidungsfindung

Im Anschluss an die Reflexion der obigen Übung wurden aus dem Aushandlungsprozess vier Schritte demokratischer Entscheidungsfindung, die so zentraler Teil des Betzavta-Programms sind, abgeleitet (vgl. o. V. 1997, S. 140):

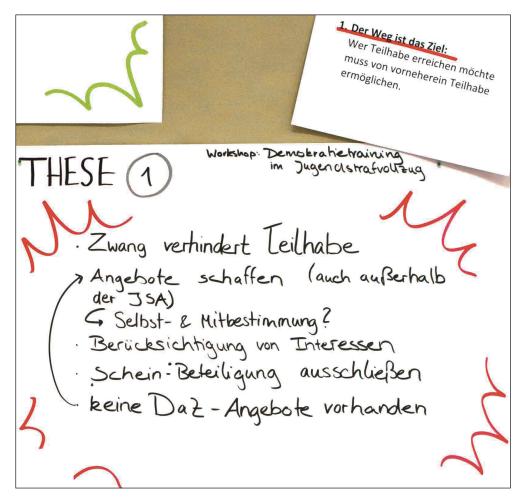
- I. Überprüfung der Bedürfnisse aller Beteiligten / Klären, ob tatsächlich ein Konflikt vorliegt
- 2. Veränderung des Rahmens als kreative Lösung des Problems
 - Überprüfen stillschweigender Vorannahmen über zeitlichen Rahmen, Gleichzeitigkeit, zur Verfügung stehende Ressourcen, ...
- 3. Gleichmäßige Einschränkung aller Beteiligten (Kompromiss)
 - Achtung: überprüfen, ob ein echter (alle schränken sich zu gleichen Teilen ein) oder ein falscher (Einschränkung geschieht einseitig) Kompromiss vorliegt
- 4. Mehrheitsbeschluss

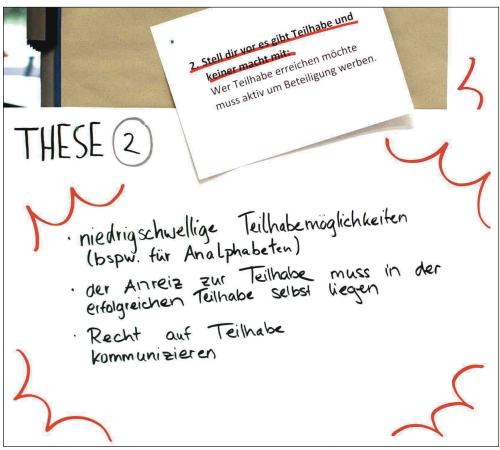
Literatur:

o. V. (1997): Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta. Praxishandbuch für die politische Bildung. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.











WORKSHOP_

Partizipation: Möglichkeit, um Nachwuchsproblemen und Mitgliederschwund entgegen zu wirken? Neue Wege für Vielseitigkeit und Integration in die Feuerwehr

Katja Atzler & Paul Würdig-Fugmann, Landesfeuerwehrverband Sachsen e.V.

Im Rahmen dieses Workshops wurde das Projekt "Handeln, bevor es brennt!" des Landesfeuerwehrverbandes Sachsen vorgestellt und zur Diskussion gestellt. Dabei stand einerseits die Frage im Vordergrund, in welchen Bereichen und wie Teilhabe im Rahmen der Feuerwehr etabliert werden kann und ob damit dem Mitgliederschwund der Feuerwehren entgegen zu wirken ist.

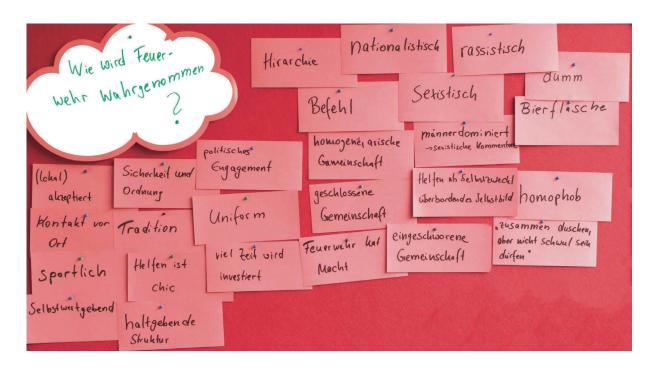
Zum Projekt "Handeln, bevor es brennt!"

Das Projekt "Handeln, bevor es brennt!" ist ausgerichtet auf die freiwilligen Feuerwehren und Jugendfeuerwehren Sachsens und zielt auf die Förderung und Stärkung demokratischer Strukturen und des Zusammenhalts gegen Extremismus mit besonderem Fokus auf ländliche, strukturschwache Räume. Das Projekt unterstützt verbandsinterne Beratung, sowie Konfliktbearbeitung und Beteiligung. Dies wird in Workshops, Seminaren und Beratungen den Freiwilligen Feuerwehren und Jugendfeuerwehren angeboten und von einem kompetenten Projektteam begleitet.

Weitere Informationen: http://www.handeln-bevor-es-brennt.de

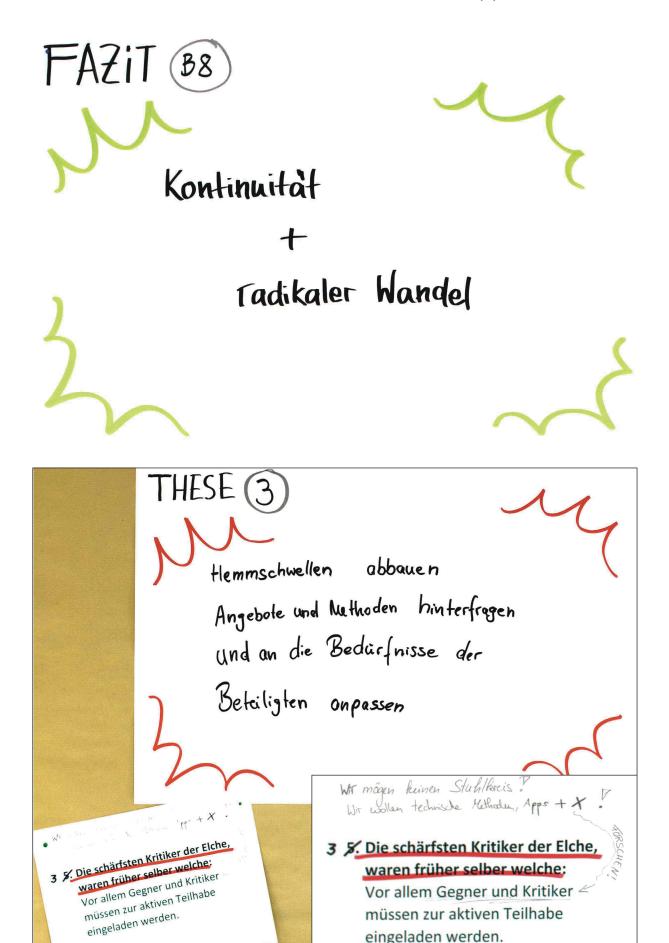












Seite 22

SCHLUSSWORTE_

von Constantin Kleditz, Forum B

In diesem Jahr durften wir als Verein zum zweiten Mal eine Tagung in Leipzig ausrichten. Danken möchten wir dafür zunächst dem Institut B3, durch dessen Unterstützung und Kooperationswillen dieses Projekt für uns erst möglich wurde.

Für uns war diese Tagung ein hervorragender Anlass, mit Menschen in Kontakt zu treten, die sich für mehr Demokratie und Teilhabe engagieren. Wir freuen uns über jede_n, die_der sich nicht entmutigen lässt von allen Schwierigkeiten, die sich in diesem Prozess immer wieder zeigen, und die Hürden als Anlass zur Weiterentwicklung statt zur Resignation sieht. Aus diesem Grund möchten wir Euch und Ihnen ganz herzlich für die Teilnahme (oder auch das spätere Interesse) an der Tagung danken. Wir hoffen, sie konnte Anlass zu neuen Ideen und frischer Motivation sein – wir zumindest konnten viele Impulse für unsere weitere Arbeit mitnehmen.

IMPRESSUM & KONTAKT_

Diese Dokumentation (inklusive aller Fotos) wurde erstellt von Constantin Kleditz in Absprache und Zusammenarbeit mit den Workshopleiter_innen und Prof. Holger Lindemann.

Forum B :: Prozesse in Begleitung e.V.

Anschrift:

Brandvorwerkstraße 52-54 04275 Leipzig

Email: info@forum-b.eu

Website: http://www.forum-b.eu

facebook: http://www.facebook.com/forumb

B3 - Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e.V.

Anschrift:

Hospitalstr. 13 01097 Dresden

Website: http://www.institut-b3.de

